

Amtsblatt der Europäischen Union

C 396



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

61. Jahrgang
31. Oktober 2018

Inhalt

III *Vorbereitende Rechtsakte*

RECHNUNGSHOF

2018/C 396/01

Stellungnahme Nr. 3/2018 (gemäß Artikel 287 Absatz 4 AEUV) zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds (COM(2018) 485 final)

1

DE

III

(Vorbereitende Rechtsakte)

RECHNUNGSHOF

STELLUNGNAHME Nr. 3/2018*(gemäß Artikel 287 Absatz 4 AEUV)***zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds (COM(2018) 485 final)***(2018/C 396/01)***INHALT**

	<i>Ziffer</i>	<i>Seite</i>
Einleitung	1-3	2
Allgemeine Bemerkung	4	2
Spezifische Bemerkungen	5-9	3
Budgethilfe	5-8	3
Analyse einzelner Absätze	9	3
Anhang — Analyse des Vorschlags der Kommission und Vorschläge des Hofes		

DER RECHNUNGSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 287 Absatz 4,

gestützt auf das Interne Abkommen zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet, insbesondere auf Artikel 10 Absatz 2 ⁽¹⁾,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union ⁽²⁾,

gestützt auf die Stellungnahme Nr. 3/2013 des Hofes zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds ⁽³⁾,

gestützt auf die Stellungnahme Nr. 8/2015 des Hofes zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/323 des Rates vom 2. März 2015 über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds ⁽⁴⁾,

gestützt auf die Stellungnahme Nr. 1/2017 des Hofes zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1024/2002 des Rates ⁽⁵⁾,

gestützt auf die Jahresberichte des Hofes über die Tätigkeiten im Rahmen des achten, neunten, zehnten und elften Europäischen Entwicklungsfonds ⁽⁶⁾,

gestützt auf die Sonderberichte Nr. 9/2013 ⁽⁷⁾, Nr. 4/2013 ⁽⁸⁾ und Nr. 11/2010 ⁽⁹⁾ des Hofes,

gestützt auf den Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Rates über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds ⁽¹⁰⁾,

gestützt auf das beim Rechnungshof am 16. Juli 2018 eingegangene Ersuchen des Rates um Stellungnahme zu dem vorstehend genannten Vorschlag —

HAT FOLGENDE STELLUNGNAHME ANGENOMMEN:

EINLEITUNG

1. Ziel dieses Vorschlags ist es, die Finanzvorschriften des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) an die für den Unionshaushalt geltenden Vorschriften anzupassen. Die geltende Verordnung des Rates über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds ist als Satz von Bezugnahmen auf die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (HO) aufgebaut, wobei bestimmte Bestimmungen ausgenommen oder ergänzt werden, um den Besonderheiten des EEF Rechnung zu tragen.

2. In seiner Stellungnahme Nr. 1/2017 legte der Hof Bemerkungen und Empfehlungen zu dem Vorschlag für eine HO vor.

3. Da die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹¹⁾) unlängst überarbeitet wurde, muss die Finanzregelung für den 11. EEF angepasst werden.

ALLGEMEINE BEMERKUNG

4. In mehreren Artikeln des Vorschlags für die Finanzregelung für den 11. EEF wird auf die HO Bezug genommen. Durch diese Vorgehensweise wird der Rechtsrahmen des EEF vereinfacht, da im Falle zukünftiger Aktualisierungen der HO weniger Rechtstexte zu ändern sind, und wird sichergestellt, dass die betreffenden Rechtstexte miteinander in Einklang stehen. Dies bedeutet jedoch auch, dass die vorgeschlagene Verordnung kein eigenständiges Dokument ist; Nutzer müssen die HO einsehen, um die Bestimmungen für den EEF anzuwenden.

⁽¹⁾ ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1.

⁽³⁾ ABl. C 370 vom 17.12.2013, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. C 5 vom 8.1.2016, S. 6.

⁽⁵⁾ ABl. C 91 vom 23.3.2017, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. C 322 vom 28.9.2017, S. 281; ABl. C 375 vom 13.10.2016, S. 287; und ABl. C 373 vom 10.11.2015, S. 289.

⁽⁷⁾ „Die Unterstützung der EU für verantwortungsvolle Staatsführung in der Demokratischen Republik Kongo“ (<http://eca.europa.eu>).

⁽⁸⁾ „Die Zusammenarbeit der EU mit Ägypten im Bereich der verantwortungsvollen Staatsführung“ (<http://eca.europa.eu>).

⁽⁹⁾ „Verwaltung allgemeiner Budgethilfen in AKP-Staaten sowie in lateinamerikanischen und asiatischen Ländern durch die Kommission“ (<http://eca.europa.eu>).

⁽¹⁰⁾ COM(2018) 485 final.

⁽¹¹⁾ ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1.

SPEZIFISCHE BEMERKUNGEN**Budgethilfe**

5. In Artikel 236 der HO sind die Bedingungen für den Einsatz von Budgethilfen für Drittländer festgelegt. Nach Lesart des Hofes werden mit dem Vorschlag für die Finanzregelung für den 11. EEF keine neuen Bestimmungen hinzugefügt, die sich spezifisch auf AKP-Staaten oder ÜLG beziehen. Daher ist der Hof der Auffassung, dass die in Artikel 36 Absatz 1 enthaltene Bezugnahme auf die HO nach wie vor vollauf gerechtfertigt ist.

6. In Artikel 36 Absätze 2 bis 7 jedoch werden die in Artikel 236 der HO festgelegten Bedingungen paraphrasiert und neue hinzugefügt. Beispielsweise ist in Artikel 36 des Vorschlags für die Finanzregelung für den 11. EEF festgelegt, dass Budgethilfe darauf abzielt, die vertragliche Partnerschaft zwischen der Union und den AKP-Staaten oder den ÜLG im Hinblick u. a. auf die Unterstützung eines nachhaltigen, breitenwirksamen Wirtschaftswachstums und die Beseitigung der Armut zu stärken. Diese Ziele sind in der HO nicht enthalten. Der Hof ist der Auffassung, dass diese Unstimmigkeiten potenziell zu mehr Verwirrung oder Missverständnissen bei der Auslegung und Anwendung führen können.

7. Außerdem ist unklar, über wie viel Ermessensspielraum die Kommission gemäß dem letzten Absatz von Artikel 36 verfügt, der die Gewährung von Budgethilfe für ÜLG betrifft.

8. In seiner Stellungnahme Nr. 3/2013 zu dem Vorschlag der Kommission für die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds hat der Hof dem Rat bereits die Empfehlung unterbreitet, den Artikel zur Budgethilfe — der demjenigen im aktuellen Vorschlag ähnelt — zu überprüfen.

Analyse einzelner Absätze

9. Der **Anhang** enthält die Ergebnisse der eingehenden Analyse des Hofes und die entsprechenden Änderungsvorschläge.

Diese Stellungnahme wurde von Kammer III unter Vorsitz von Frau Bettina JAKOBSEN, Mitglied des Rechnungshofs, in ihrer Sitzung vom 25. September 2018 in Luxemburg angenommen.

Für den Rechnungshof

Klaus-Heiner LEHNE

Präsident

Analyse des Vorschlags der Kommission und Vorschläge des Hofes

Bezug	Vorschlag der Kommission	Analyse des Hofes	Vorschlag des Hofes
Erwägungsgrund 18	„Die Bestimmungen über die Prüfung der von der EIB verwalteten Mittel des [...] EEF durch den Rechnungshof sollten der in Artikel 248 Absatz 4 des Vertrags vorgesehenen Dreiervereinbarung zwischen Rechnungshof, EIB und Kommission Rechnung tragen.“	Die Bezugnahme ist veraltet und muss aktualisiert werden.	„Die Bestimmungen über die Prüfung der von der EIB verwalteten Mittel des [...] EEF durch den Rechnungshof sollten der in <u>Artikel 287 Absatz 3</u> Artikel 248 Absatz 4 des Vertrags vorgesehenen Dreiervereinbarung zwischen Rechnungshof, EIB und Kommission Rechnung tragen.“
Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe e	„Bezugnahmen auf ‚Haushaltslinie‘ [englisch ‚budget line‘ oder ‚line in the budget‘] in der Verordnung (EU, Euratom) [neue Haushaltsordnung] als Bezugnahmen auf ‚Mittelausstattung‘ in dieser Verordnung;“	Der englische Begriff „line in the budget“ wird in der HO aus dem Jahr 2018 nicht verwendet. Dieser Ausdruck sollte in der englischen Fassung daher gestrichen werden.	„Bezugnahmen auf ‚Haushaltslinie‘ in der Verordnung (EU, Euratom) [neue Haushaltsordnung] als Bezugnahmen auf ‚Mittelausstattung‘ in dieser Verordnung;“
Artikel 7	„Artikel 20 der Verordnung (EU, Euratom) [neue Haushaltsordnung] findet Anwendung. Unbeschadet des Artikels 8 dieser Verordnung dienen alle Einnahmen zur Deckung des geschätzten Gesamtbetrags für Zahlungen.“	Aus Gründen der Kohärenz sollte ein Satz aus Artikel 20 der HO hinzugefügt werden: <i>„Unbeschadet des Artikels 27 werden die Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsplan nach dem Bruttoprinzip ausgewiesen.“</i> Wird der Satz nicht hinzugefügt, so gilt möglicherweise (gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Finanzregelung für den 11. EEF) die in Artikel 20 der HO enthaltene interne Bezugnahme auf Artikel 27 nicht für den 11. EEF.	„Artikel 20 der Verordnung (EU, Euratom) [neue Haushaltsordnung] findet Anwendung. Unbeschadet des Artikels 8 dieser Verordnung dienen alle Einnahmen zur Deckung des geschätzten Gesamtbetrags für Zahlungen. <u>Unbeschadet des Artikels 27 der Verordnung (EU, Euratom) [neue Haushaltsordnung] [...].</u> “
Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe d	„Erstattungen und Einnahmen aus Finanzierungsinstrumenten und Haushaltsgarantien gemäß Artikel 209 Absatz 3 der Verordnung (EU, Euratom) [neue Haushaltsordnung];“	Der Text sollte an Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe f der HO angeglichen werden, in dem lediglich Erstattungen genannt sind.	„Erstattungen und Einnahmen aus Finanzierungsinstrumenten und Rückerstattungen an Finanzierungsinstrumenten oder Haushaltsgarantien gemäß Artikel 209 Absatz 3 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) [neue Haushaltsordnung];“
Artikel 8 Absatz 4	„Im Hinblick auf Zuwendungen finden Artikel 25 bis 27 der Verordnung (EU, Euratom) [neue Haushaltsordnung] Anwendung. Die Annahme einer Zuwendung bedarf der Genehmigung des Rates.“	Der Text sollte wie folgt korrigiert werden: „Artikel 25 und 26“. Artikel 27 betrifft „Salden und Wechselkursdifferenzen“. Darüber hinaus sollte sich der Text auf das „Unternehmenssponsoring“ beziehen, das Gegenstand von Artikel 26 ist.	„Im Hinblick auf Zuwendungen und Unternehmenssponsoring finden Artikel 25 bis 27 und 26 der Verordnung (EU, Euratom) [neue Haushaltsordnung] Anwendung. Die Annahme einer Zuwendung <u>oder von Unternehmenssponsoring</u> bedarf der Genehmigung des Rates.“

Bezug	Vorschlag der Kommission	Analyse des Hofes	Vorschlag des Hofes
Artikel 20 (ex-Artikel 22)	Originalwortlaut von ex-Artikel 22 der Verordnung 2015/323 des Rates.	Der Vorschlag entspricht nicht der geänderten Fassung von Artikel 22 gemäß der Verordnung 2016/888 des Rates.	Artikel 22 gemäß der Verordnung 2016/888 des Rates.
Artikel 30 Absatz 3 Buchstabe a	„Soweit der 11. EEF in indirekter Mittelverwaltung mit AKP-Staaten, ÜLG oder deren regionalen Organisationen durchgeführt wird, gilt unbeschadet der Zuständigkeiten der öffentlichen Auftraggeber für die Kommission: a) Sie zieht erforderlichenfalls gemäß den Artikeln 101 bis 104 der Verordnung (EU, Euratom) [neue Haushaltsordnung] Forderungen von Empfängern öffentlicher Auftraggeber ein, auch im Wege eines Beschlusses, der unter denselben Bedingungen wie den in Artikel 299 AEUV festgelegten vollstreckbar ist.“	Um den Text mit Artikel 23 Absatz 1 in Einklang zu bringen, sollte es heißen: „gemäß Artikel 101 mit Ausnahme der Absätze 7 bis 9“. Außerdem sollten der Klarheit wegen und um den Text mit Artikel 23 Absatz 1 in Einklang zu bringen die Artikel 105 und 106 einbezogen werden.	„Soweit der 11. EEF in indirekter Mittelverwaltung mit AKP-Staaten, ÜLG oder deren regionalen Organisationen durchgeführt wird, gilt unbeschadet der Zuständigkeiten der öffentlichen Auftraggeber für die Kommission: a) Sie zieht erforderlichenfalls gemäß den Artikeln 101 bis 106 4 mit Ausnahme von Artikel 101 Absätze 7 bis 9 der Verordnung (EU, Euratom) [neue Haushaltsordnung] Forderungen von Empfängern öffentlicher Auftraggeber ein, auch im Wege eines Beschlusses, der unter denselben Bedingungen wie den in Artikel 299 AEUV festgelegten vollstreckbar ist.“
Artikel 39 (Überschrift)	„Jahresabschlüsse und Übersicht über die finanzielle Ausführung“	Die Überschrift sollte korrigiert werden, da der Artikel sich nicht auf die Jahresabschlüsse, sondern ausschließlich auf die Übersicht über die finanzielle Ausführung bezieht.	„Jahresabschlüsse und Übersicht über die finanzielle Ausführung“

ISSN 1977-088X (elektronische Ausgabe)
ISSN 1725-2407 (Papierausgabe)



Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union
2985 Luxemburg
LUXEMBURG

DE